



Niederschrift 96. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 29.05.2019
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:01 Uhr
Ort, Raum: R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Herr Matthias Finken	CDU/ANW	Sitzungsleitung
Herr Burkhard Exner	Bürgermeister	Vertretung für Herrn Mike Schubert, Oberbürgermeister

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	
Herr Pete Heuer	SPD	
Herr David Kolesnyk	SPD	ab 17:05 Uhr
Herr Peter Schultheiß	SPD	
Herr Claus Wartenberg	SPD	bis 18:05 Uhr
Frau Janny Armbruster	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Peter Schüler	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr André Tomczak	DIE aNDERE	
Herr Dennis Hohloch	AfD	ab 17:30 Uhr

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Imke Eisenblätter	SPD	
Herr Götz Thorsten Friederich	CDU/ANW	ab 17:50 Uhr
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW	
Frau Dr. Carmen Klockow	Bürgerbündnis-FDP	

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Mike Schubert	Oberbürgermeister	entschuldigt
--------------------	-------------------	--------------

Ausschussmitglieder

Frau Anke Michalske	SPD	entschuldigt
Herr Günter Anger	CDU/ANW	entschuldigt
Herr Horst Heinzl	CDU/ANW	entschuldigt
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt

Schriftführer:

Herr Martin Mehlis, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
15.05.2019
- 3 Förderung des Extaviums
Vorlage: 19/SVV/0535
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Soziale Abfederung von steigenden Energiepreisen
Vorlage: 18/SVV/0871
Fraktion DIE LINKE
- 4.2 Sport- und Freizeitfläche 'An der Birnenplantage'
Vorlage: 19/SVV/0403
Fraktion Bürgerbündnis-FDP
(zur Erledigung)
- 4.3 Einwohnerversammlung zur "Neue Halle/östliches RAW Gelände"
Vorlage: 19/SVV/0443
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
(zur Erledigung)
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Dokumentation der 7. Integrationskonferenz der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 19/SVV/0362
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 5.2 Abschließende Information zum Beschluss zur Direktwahl von Beiräten
Vorlage: 19/SVV/0536
Oberbürgermeister, Fachbereich Recht und Vergabemanagement
- 5.3 Vorschläge zu "Stärkung des kommunalen Ehrenamtes"
gemäß Beschluss: 19/SVV/0073
- 5.3.1 Empfehlungen der Arbeitsgruppe "Stärkung des kommunalen Ehrenamtes"
Vorlage: 19/SVV/0540
Mitglieder der Arbeitsgruppe
- 6 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

- 7 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.05.2019
- 8 Verkauf eines Grundstücks in Potsdam, Karl-Marx-Straße nach dem Sachenrechtsbereinigungsgesetz
Vorlage: 19/SVV/0522
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service
- 9 Mitteilungen der Verwaltung
- 9.1 Information der ProPotsdam GmbH
- 10 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

In Vertretung des Oberbürgermeisters eröffnet Herr Finken die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.05.2019

Herr Finken stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Hinsichtlich der vorliegenden öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

Erweiterungen:

Unter **6.**, **Sonstiges**, sollen die Themen

- **Aktueller Stand Verkauf des Hauses Wichgrafstraße 11,**
- **Räumlichkeiten Beirat für Menschen mit Behinderung** sowie
- **Informationen zur Rückerstattung von Kita-Beiträgen**

ergänzt werden.

Antrag auf Rederecht:

Herr Kriete von der Anwohner*innen-Initiative „Teltower Vorstadt“ beantragt

Rederecht zum Tagesordnungspunkt 4.3, Einwohnerversammlung zur "Neue Halle/östliches RAW Gelände".

Abstimmungsergebnis:

Das Rederecht für Herrn Kriete wird **mit Stimmenmehrheit bestätigt**, bei einer Stimmenthaltung.

Gegen die genannten Änderungen in der Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 95. Sitzung des Hauptausschusses vom 15.05.2019 liegt den Mitgliedern als Tischvorlage vor und soll in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 12.06.2019 bestätigt werden.

zu 3 Förderung des Extaviums

Vorlage: 19/SVV/0535

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Frau Aubel, Beigeordnete für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, bringt die Vorlage ein, die anschließend zur Abstimmung gestellt wird:

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Bereitstellung von finanziellen Mitteln in Höhe von EUR 200.000 zur Sicherung des Weiterbetriebes des Extaviums für das Jahr 2019.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Soziale Abfederung von steigenden Energiepreisen

Vorlage: 18/SVV/0871

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein. Frau Eltrop, Geschäftsführerin der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP) und der Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP), stellt anschließend den „Kleine Hilfe“-Rabatt der EWP im Rahmen einer Präsentation vor. Ziel des Rabattes sei die jährliche Entlastung von Kunden mit Wohnberechtigungsschein (WBS) durch die Abfederung von Strompreiserhöhungen sowie die Vermeidung von Mahnkosten und Sperrungen. Der Rabatt von 20 Euro/Jahr gelte ab dem Eingang des Antrages und werde 5 Jahre lang nach dem WBS-Ausstellungsdatum gewährt. Die Einnahmемinderungen für die EWP werden mit maximal 120.000 Euro eingeschätzt. Die finanziellen Vorteile durch die Vermeidung von Verwaltungskosten bei der Abwicklung von Nachzahlungen werden mit mindestens 60.000 Euro beziffert.

Herr Dr. Scharfenberg bedankt sich für den Vorschlag der EWP. Im Anschluss

erklärt er namens seiner Fraktion, dass sich der Antrag **durch Verwaltungshandeln erledigt** habe.

Frau Armbruster fragt, ob das Projekt auch statistisch begleitet und entsprechend ausgewertet werde und ab wann mit ersten Ergebnissen zu rechnen sei. Frau Eltrop bejaht dies und stellt eine weitere Berichterstattung in Aussicht, sobald entsprechende Zahlen vorliegen. Herr Heuer fragt, ob ein solcher Rabatt auch für andere EWP-Kunden, die bspw. Gas oder Wasser beziehen, angedacht sei. Frau Eltrop sagt zu, dies „mitzunehmen“ und in einer späteren Sitzung des Hauptausschusses dazu zu berichten.

zu 4.2 Sport- und Freizeitfläche 'An der Birnenplantage'

Vorlage: 19/SVV/0403

Fraktion Bürgerbündnis-FDP
(zur Erledigung)

Frau Dr. Klockow bringt den Antrag ein, der zur Erledigung in den Hauptausschuss überwiesen wurde. Frau Aibel, Beigeordnete für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, sagt, dass dieser Prüfauftrag aus ihrer Sicht so beschlossen werden könne.

Der Antrag wird anschließend zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob auf dem Gelände der Sport- und Freizeitfläche „An der Birnenplantage“ (an dem Standort, wo sich in Neu Fahrland Leichtbauhallen für Geflüchtete befanden) eine Mehrzwecksporthalle mit integriertem Sanitärbereich – nicht nur der angedachte Sanitär- und Umkleideriegel für den Sportplatz - errichtet werden kann.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

zu 4.3 Einwohnerversammlung zur "Neue Halle/östliches RAW Gelände"

Vorlage: 19/SVV/0443

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
(zur Erledigung)

Vor Eintritt in den Tagesordnungspunkt nimmt Herr Kriete das ihm zu Beginn der Sitzung eingeräumte Rederecht wahr. In seinem Redebeitrag schildert er die Besorgnis der Anwohner*innen-Initiative „Teltower Vorstadt“ bezüglich der Planungen für das ehemalige RAW-Gelände. Besonders die Gefahr steigender Mieten und die ungeklärte Verkehrssituation seien aus Sicht der Initiative problematisch. Er spricht sich für eine zeitnahe Einwohnerversammlung aus.

Herr Rubelt, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, betont, dass die Diskussion bisher vor allem im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr sowie in einer Bürgerversammlung vor Ort geführt wurde. Dabei sei zugesagt worden, die Anwohnenden beim Vorliegen neuer Erkenntnisse zu informieren. Aktuell gebe es jedoch noch keine neuen Informationen, weshalb eine Einwohnerversammlung frühestens im dritten oder

vierten Quartal 2019 Sinn ergebe. Auch könnten die Auswirkungen des Projektes nicht immer direkt angezeigt werden. Er weist weiter darauf hin, dass in der angrenzenden Heinrich-Mann-Allee 750 Wohnungen durch die ProPotsdam GmbH gebaut werden sollen und bittet darum, den Termin für die Einwohnerversammlung offen zu lassen.

Herr Schüler sagt, dass er davon ausgehe, dass bis zum dritten Quartal 2019 genug neue Informationen vorliegen werden, die eine entsprechende Versammlung rechtfertigen. Auch diene die Veranstaltung dazu, die Interessen der Anwohnenden aufzunehmen und zukünftig zu berücksichtigen. Das dritte Quartal sollte als Terminstellung beibehalten werden. Herr Heuer betont, dass Fragen einer Erhaltungssatzung aktuell genau geprüft werden. Auch die Verkehrsproblematik werde bei den Planungen berücksichtigt. Seine Fraktion werde dem Antrag jedoch zustimmen, auch wenn nicht alle Sorgen geteilt werden.

Herr Dr. Scharfenberg unterstützt das Anliegen und sieht die Aussagen des Investors als Ursache für die Sorgen der Anwohnenden. Er betont, dass eine Einwohnerversammlung ein formales und „schweres“ Instrument sei, dass bestimmte Rahmenbedingungen vorschreibe. Entsprechend müsse die Versammlung gut vorbereitet werden und in sich stimmig sein. Eine Berichterstattung müsse aus seiner Sicht nicht unbedingt im dritten Quartal erfolgen, sollten zu diesem Zeitpunkt noch nicht genug Informationen vorliegen. Weiter bittet er die Verwaltung darum, eine ständige und flexible Berichterstattung zum Projekt zu prüfen.

Änderungsantrag:

Herr Dr. Scharfenberg beantragt namens seiner Fraktion folgende Änderung:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gem. §4 Abs. 1a der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam **möglichst** im dritten Quartal dieses Jahres eine Einwohnerversammlung zu dem Projekt „Neue Halle / östliches RAW-Gelände“ durchführen zu lassen.*

Herr Tomczak spricht sich für die Beibehaltung der ursprünglichen Terminstellung aus, denn wenn Pläne eine gewisse Reife erreicht hätten, seien diese unter Umständen nicht mehr zu ändern. Er stellt einen Zusammenhang zur allgemeinen Entwicklung der Mieten her und weist darauf hin, dass die Auswirkungen des Projektes auch außerhalb des entsprechenden Bebauungsplans zu spüren sein werden. Herr Kolesnyk sagt, dass konkrete Aussagen und Antworten im dritten Quartal unter Umständen noch nicht möglich seien und regt an, einen späteren Termin ebenfalls möglich zu machen. Er betont, dass die entstehenden Jobs nicht nur für Zuzügler, sondern auch für die Anwohnenden Perspektiven bieten. Auch zeige das bestehende Mietrecht Grenzen in puncto Mieterhöhungen auf.

Frau Armbruster macht deutlich, dass nichts gegen eine zweite Veranstaltung sprechen würde. Herr Tomczak ergänzt, dass eine zusätzliche Veranstaltung nicht im Rahmen einer formalisierten Einwohnerversammlung durchgeführt werden müsse. Im Anschluss entwickelt sich eine kontroverse Diskussion zum Thema.

Im Anschluss an die Diskussion zieht Herr Dr. Scharfenberg seinen Änderungsantrag zurück. Herr Exner, Bürgermeister und Beigeordneter für Finanzen, Investitionen und Controlling, spricht sich dafür aus, den

Änderungsantrag aufrechtzuerhalten.

Änderungsantrag:

Frau Armbruster ändert den Antrag wie folgt ab:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gem. §4 Abs. 1a der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam ~~im dritten Quartal~~ **bis spätestens 15. November** dieses Jahres eine Einwohnerversammlung zu dem Projekt „Neue Halle / östliches RAW-Gelände“ durchführen zu lassen.*

Anschließend wird der so geänderte Antrag, der zur Erledigung in den Hauptausschuss überwiesen wurde, zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gem. §4 Abs. 1a der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam bis spätestens 15. November dieses Jahres eine Einwohnerversammlung zu dem Projekt „Neue Halle / östliches RAW-Gelände“ durchführen zu lassen.

In der Einwohnerversammlung sollen die komplexen Auswirkungen des *vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Neue Halle/östliches RAW Gelände“ (DS.: 18/SVV/0861)* erörtert werden, wobei insbesondere folgende Punkte zu berücksichtigen wären:

1. die sozialen Auswirkungen des Bauvorhabens, darunter insbesondere die Auswirkung auf die Siedlungsstruktur und die Mietentwicklung durch den Neubau von Wohnungen und die Entwicklung der Mietpreise im Bestand;
2. die Auswirkungen der geplanten Bebauung auf das Verkehrsaufkommen und auf die Verkehrsführung,
3. die Inanspruchnahme der vorhandenen sozialen Infrastruktur und
4. die baulichen Veränderungen entlang der Friedrich-Engels-Straße.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die zu erwartenden Auswirkungen umfassend darzustellen und die Möglichkeiten zur Vermeidung und Reduzierung ungewünschter Nebeneffekte zu erläutern. Es ist außerdem darüber zu informieren, welche weiteren Maßnahmen in Planung sind, die im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan stehen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 5.1 Dokumentation der 7. Integrationskonferenz der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 19/SVV/0362**

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Frau Grasnack, Beauftragte für Migration und Integration, stellt im Rahmen einer Präsentation die Dokumentation der 7. Integrationskonferenz der Landeshauptstadt Potsdam vor. Sie geht dabei insbesondere auf die Vorbereitung und das Anliegen der Konferenz sowie die Inhalte und Ergebnisse der Arbeit der „Thementische“ ein und gibt einen Ausblick auf zukünftige

Entwicklungen.

Frau Dr. Müller betont, dass die Dokumentation sehr informativ sei. Ihr fehlen jedoch konkrete Ansatzpunkte zur Umsetzung der erarbeiteten Ergebnisse. Sie fragt, wie mit den Ergebnissen umgegangen werden soll. Frau Grasnack antwortet, dass Sie in Gesprächen mit der Verwaltung sei. Die Ergebnisse sollen unter anderem auch in die Fortschreibung des Integrationskonzepts einfließen. Genaueres werde noch geklärt.

Die Mitteilungsvorlage wird anschließend **zur Kenntnis genommen**.

zu 5.2 Abschließende Information zum Beschluss zur Direktwahl von Beiräten
Vorlage: 19/SVV/0536

Oberbürgermeister, Fachbereich Recht und Vergabemanagement

Frau Krusemark, Fachbereichsleiterin Recht und Vergabemanagement, bringt die Mitteilungsvorlage ein. Ergebnis der Befragung der Beiräte sei, dass eine Direktwahl nicht gewünscht ist. Sie fragt, wie jetzt weiter mit dem Beschluss verfahren werden soll.

Herr Dr. Scharfenberg zeigt sich überrascht von den Ergebnissen der Befragung. Er betont, dass die Forderung zur Direktwahl über die Landesebene kam, dass entsprechende Gesetz sehe jedoch nur die Möglichkeit dazu vor, keine Pflicht. Der Beschluss zur Direktwahl solle deshalb nicht „durchgedrückt“ werden. Er schlägt vor, das Thema in etwa einem Jahr erneut im Hauptausschuss zu thematisieren. Herr Exner, Bürgermeister und Beigeordneter für Finanzen, Investitionen und Controlling, sagt, dass sich die neu gewählte Stadtverordnetenversammlung mit dem Thema beschäftigen solle. Frau Armbruster schlägt vor, dass Thema als „Merkposten“ für die zukünftigen „Partizipationsausschuss“ vorzusehen.

Im Anschluss wird die Mitteilungsvorlage **zur Kenntnis genommen**.

zu 5.3 Vorschläge zu "Stärkung des kommunalen Ehrenamtes"
gemäß Beschluss: 19/SVV/0073

zu 5.3.1 Empfehlungen der Arbeitsgruppe "Stärkung des kommunalen Ehrenamtes"
Vorlage: 19/SVV/0540

Mitglieder der Arbeitsgruppe

Die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Frau Müller, bringt die Mitteilungsvorlage ein. Herr Heuer sagt, dass sich der Beschluss zur Drucksachen-Nummer 18/SVV/0783, Sachkundige Einwohner für den Beirat für Menschen mit Behinderungen, in der Vorlage wiederfinden sollte. Bezüglich der Wahl der Vorsitzenden merkt er an, dass hier das Verfahren nach D'Hondt Anwendung finden müsse.

Frau Dr. Klockow fragt, ob die Inhalte der Mitteilungsvorlage auch auf die Ortsbeiräte zutreffen würden. Frau Müller bejaht dies und sagt, dass die Regelungen analog auch für die Ortsbeiräte gelten sollen. Frau Dr. Schröter fragt, ob die Vertreter aus den Beiräten zukünftig weiter als sachkundige Einwohner in den Fachausschüssen tätig sein können. Herr Finken verneint dies. Mitglieder

aus den Beiräten sollen weiter in den Fachausschüssen mitarbeiten, jedoch nicht mehr als sachkundige Einwohner.

Frau Armbruster merkt an, dass bei den vorgeschlagenen Ausschüssen die Themen Wissenschaft und Digitales fehlen würden. Aus ihrer Sicht sei ein Ausschuss für „Wissenstransfer“ sinnvoll. Auch Herr Hohloch merkt an, dass das Thema Wissenschaft fehle. Weiter möchte er wissen, was genau eine geschlechtersensible Sprache sei und wie Sexismus genau definiert ist.

Herr Dr. Scharfenberg macht deutlich, dass ein Antrag seiner Fraktion Ausgangspunkt der Mitteilungsvorlage sei. Die Arbeitsgruppe habe wesentlich mehr erarbeitet, als erwartet wurde. Er weist darauf hin, dass es sich bei den Inhalten der Mitteilungsvorlage lediglich um Vorschläge handeln würde. Herr Rietz betont, dass sich auch das Thema „ländlicher Raum“ nicht explizit in den Ausschusszuschnitten wiederfinden würde und neu dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr zugeordnet sei. Er bittet darum, dies zu überdenken.

Frau Müller betont ebenfalls, dass die Inhalte der Vorlage nur Vorschläge seien. Die konkrete Ausgestaltung der Vorschläge obliege der neu gewählten Stadtverordnetenversammlung. Herr Finken bittet darum, dass sich alle Fraktionen mit den Inhalten der Vorlage auseinandersetzen. Dies sei wichtig für die konstituierende Sitzung. Herr Dr. Scharfenberg ergänzt, dass weitere Ausschüsse auch noch nachträglich beschlossen werden können.

Die Mitteilungsvorlage wird im Anschluss an die Aussprache **zur Kenntnis genommen**.

zu 6 Sonstiges

Aktueller Stand Verkauf des Hauses Wichgrafstraße 11

Herr Rubelt, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, informiert darüber, dass noch immer kein Kaufvertrag zum Objekt vorliege. Entsprechend gebe es nichts weiter zu berichten.

Räumlichkeiten Beirat für Menschen mit Behinderung

Herr Richter, Werkleiter des Kommunalen Immobilien Service, berichtet, dass der Beirat für Menschen mit Behinderung umziehen musste. Nächste Woche soll es einen Termin mit Vertretern des Beirates geben, in dem die Probleme im neuen Gebäude thematisiert werden sollen. Die „Wünsche“ der Mitglieder des Beirates seien zum Teil bereits umgesetzt worden.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass die Kritik aus dem Beirat an den neuen Räumlichkeiten „enorm“ gewesen sei. Die bestehenden Mängel müssten unverzüglich behoben werden. Er bittet darum, im Hauptausschuss am 12.06.2019 erneut über die Thematik informiert zu werden. Herr Richter sagt, dass er versuchen werden in 14 Tagen erneut Bericht zu erstatten. Alternativ könne dazu auch ein anderer Termin gefunden werden. Er macht deutlich, dass das Haus 1 ein Bestandsgebäude sei, in dem unter Umständen nicht alle Anforderungen umgesetzt werden können.

Frau Armbruster betont, dass die Anforderungen erfüllt werden müssen. Alles

andere sei nicht akzeptabel. Generell sei es „traurig“, dass dieses Thema überhaupt im Hauptausschuss behandelt werden müsse.

Informationen zur Rückerstattung von Kita-Beiträgen

Frau Aabel, Beigeordnete für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, informiert darüber, dass sowohl das Ministerium des Innern und für Kommunales Brandenburg als auch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport keine Einwände gegen die freiwillige Rückzahlung zu viel gezahlter Kita-Beiträge erhoben hätten.